

Bundesweiter Aktionstag - 5. Dezember 2020

ABRÜSTEN STATT AUFRÜSTEN! NEUE ENTSPANNUNGSPOLITIK JETZT!

Im Dezember steht die Verabschiedung des Bundeshaushaltes 2021 bevor, die Rüstungsausgaben sollen weiter auf rund 50 Milliarden Euro steigen. Dabei brauchen wir jeden Euro für Investitionen im Sozialen, der Gesundheit, Umweltschutz, der Wissenschaft und der Bildung. Nur eine konsequente Abrüstung setzt diese Mittel frei. In Zeiten von Corona, Klimawandel und steigender sozialer Ungleichheit können wir uns diesen Rüstungswahnsinn nicht mehr leisten.

13.30 Uhr Marktplatz Stuttgart

KUNDGEBUNG mit

Jürgen Wagner (Informationsstelle Militarisierung Tübingen)

Henning Zierock (Gesellschaft Kultur des Friedens)

Sidar Carman (ver.di Bezirk Stuttgart)

Ekkehard Rössle Duo (am Saxophon und an den Drums)

Wir fordern:

- ✦ Sofortiger Beschaffungsstopp von Rüstungsgütern
- ✦ Kürzung des Verteidigungshaushaltes
- ✦ Sozialausgaben erhöhen in den Bereichen Wohnen, Gesundheit und Bildung
- ✦ Keine Anschaffung bewaffneter Drohnen
- ✦ Unterzeichnung des Atomwaffenverbotsvertrages durch die Bundesregierung
- ✦ Aufbau eines partnerschaftlichen Verhältnisses mit China und Russland
- ✦ Eucom und Africom schließen – Sozialen Wohnraum schaffen
- ✦ Umfangreiche Investitionen in den Klimaschutz

Veranstalter: FRIEDENSTREFF Stuttgart-Nord (www.friedenstreff-nord.de)

Unterstützer*innen: DFG-VK Stuttgart, DGB Stuttgart, DIDF Stuttgart, DIE LINKE Stuttgart, DKP Fellbach, DKP Stuttgart, FRIEDENSTREFF Cannstatt, Gesellschaft Kultur des Friedens, IPPNW Stuttgart, Naturfreunde Stuttgart, Ohne Rüstung Leben, SÖS Stuttgart, Ver.di Bezirk Stuttgart, Waldheim Stuttgart e.V. / Clara Zetkin Haus, Zukunftsforum der Stuttgarter Gewerkschaften

(Zum Schutz aller Teilnehmer*innen bitte Mindestabstand einhalten und Mund-Nasen-Schutz tragen)

Erklärung der Initiative „abrüsten statt aufrüsten“



FRANKFURTER APPELL



ABRÜSTEN STATT AUFRÜSTEN – NEUE ENTSPANNUNGSPOLITIK JETZT!

Das Gespenst des Kalten Krieges ist zurück. Die Welt steht am Rande des Friedens, denn sie wird zu einer zerbrechlichen Einheit. Das Krebsgeschwür des Nationalismus breitet sich aus. Soziale Ungleichheiten spitzen sich zu. Die globale Klimakrise bedroht die Menschheit. Kriege und Naturzerstörung sind entscheidende Gründe für Flucht und Vertreibung. Die Corona-Pandemie ist ein Beleg dafür, dass die sozialen und ökologischen Schutzschichten des menschlichen Lebens dünn geworden sind. Es drohen neue Verteilungskämpfe – national, europäisch, global. Das 21. Jahrhundert wird entweder ein Jahrhundert neuer Gewalt oder ein Jahrhundert des nachhaltigen Friedens. Darüber entscheiden wir heute. Wir brauchen zivile Antworten, bei uns, in Europa und weltweit.

Ein neuer Rüstungswettkampf ist bereits in vollem Gange. Konflikte, Kriege und bewaffnete Auseinandersetzungen tragen zu Flucht und Migration bei.

Abrüstung findet nicht statt, zentrale Vereinbarungen der Rüstungskontrolle wurden aufgekündigt. Neue Atomwaffen werden stationiert. Die weltweiten Militärausgaben erreichen neue Rekordhöhen; allein auf die zehn Länder mit den höchsten Rüstungsausgaben entfallen 75 Prozent. Und sie sollen weiter gesteigert werden. Deutschland liegt auf Platz sieben und hatte 2019 den höchsten Zuwachs unter den ersten 15 Staaten. Bei den Waffenexporten erreicht unser Land den skandalösen Rang fünf. Der Wahnsinn muss gestoppt werden. Andernfalls drohen neue Verteilungskämpfe zulasten sozialer und ökologischer Reformen.

Auf- und Hochrüstung ist keine Antwort auf die großen Herausforderungen unserer Zeit. Sie verschärft die Gefahr neuer Kriege und verschwendet wertvolle Ressourcen, die für eine friedliche Weltordnung dringend gebraucht werden – für den Klimaschutz, die Bekämpfung der Fluchtursachen, die Entwicklungszusammenarbeit und die Verwirklichung der Menschenrechte. Die doppelte Gefahr eines Selbstmords der menschlichen Zivilisation ist denkbar geworden, durch die Hochrüstung genauso wie durch die ungelösten sozialen und ökologischen Krisen.

Unsere Welt ist auf Gegenseitigkeit angewiesen, um Frieden zu schaffen und dauerhaft Abrüstung und Frieden zu verwirklichen. Für eine neue Entspannungspolitik in gesamteuropäischer Perspektive ist eine starke Zivilgesellschaft notwendig, nicht Spaltung und Ausgrenzung und schon gar nicht ein neuer Nationalismus. Das Friedensprojekt eines zivilen Europas muss nach wie vor zum Vorbild für andere Weltregionen werden. Verantwortung übernehmen heißt deshalb: abrüsten statt aufrüsten.

Im November 1980 wurde der Krefelder Appell vorgestellt, mehr als fünf Millionen Bundesbürger*innen haben ihn unterstützt. Damals lehnte die Friedensbewegung die Stationierung neuer atomarer Mittelstreckenraketen in Europa ab. Das fordern wir auch heute. In erster Linie wenden wir uns gegen das Nato-Ziel, zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts für militärische Ziele auszugeben.

Wir fordern eine neue Friedens- und Entspannungspolitik, ein System gemeinsamer Sicherheit und kontrollierter Abrüstung. Der Rüstungsexport an Krisenregionen, an kriegsführende Staaten und an diktatorische oder autokratische Regime muss schnellstmöglich beendet werden. Die Bundeswehr darf nicht mit bewaffneten Drohnen ausgestattet werden. Wir wollen ein atomwaffenfreies Deutschland und sprechen uns für eine weltweite Ächtung autonomer Waffensysteme aus.

Das Gebot der Stunde lautet: Investitionen in die soziale und ökologische Gestaltung der Transformation - in Hochschulen, Schulen und Kitas, in den sozialen Wohnungsbau, in die öffentliche Infrastruktur, in mehr soziale Sicherheit und in den Klimaschutz und eine ökologische Kreislaufwirtschaft. Denn wer den Frieden will, muss für den Frieden kämpfen.

Wir rufen auf zum bundesweiten Aktionstag für
„Abrüstung und neue Entspannungspolitik“ am 5. Dezember 2020. Mitmachen!

Arbeitsausschuss der Initiative „abrüsten statt aufrüsten“

Reiner Braun (International Peace Bureau), Barbara Dieckmann (Präsidentin der Welthungerhilfe a.D.), Thomas Fischer (DGB), Philipp Ingenleuf (Netzwerk Friedenskooperative), Christoph von Lieven (Greenpeace), Michael Müller (Naturfreunde, Staatssekretär a. D.), Willi van Ooyen (Friedensrat-schlag), Miriam Rapor (BUNDjugend, Fridays for Futures), Uwe Wötzel (ver.di), Thomas Würdinger (IG Metall), Olaf Zimmermann (Deutscher Kulturrat).

Frankfurt, den 11. Oktober 2020